Stand: 13.12.2025 08:24:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9374

"Salmonellen-Skandal: Rückhaltlose Aufklärung und Durchsetzung des Verbraucherschutzrechts auch in Bayern!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9374 vom 08.12.2015
2. Beschluss des Plenums 17/9508 vom 10.12.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 62 vom 10.12.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 08.12.2015 **Drucksache 17/9374**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Salmonellen-Skandal: Rückhaltlose Aufklärung und Durchsetzung des Verbraucherschutzrechts auch in Bayern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag unverzüglich mündlich und schriftlich zu berichten,

– wie sie ab sofort Verstöße gegen europäisches Verbraucherrecht in Bayern verhindern will,
– welche genauen Hintergründe zur Verhaftung eines Amtsveterinärs des Landratsamts Straubing-Bogen geführt haben,
– in wie weit eventuelle Defizite der zuständigen Dienstaufsicht zu den fehlerhaften Kontrollen durch das Landratsamt Straubing-Bogen und der daraus resultierenden Verbrauchergefährdung geführt haben,
– welche genauen Hintergründe zur personellen Konsequenz infolge staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen gegen einen Mitarbeiter der Regierung von Niederbayern geführt haben,
– welche strukturellen Faktoren aus ihrer Sicht mitursächlich für das zur Verhaftung führende Verhalten sind und
– wie die Staatsregierung Amtsveterinäre und Lebensmittelkontrolleure auf allen Ebenen in ihrer Interessenunabhängigkeit und Kontrolleffizienz stärken will.

Begründung:

Während des Salmonellenskandals wurde in Bayern europäisches Verbraucherschutzrecht missachtet. Im August 2014 hätte nicht nur die Öffentlichkeit gewarnt, sondern an einem zweiten Standort von Bayern-Ei weitergehende Maßnahmen zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher ergriffen werden müssen. Auch die langen Auswertungszeiten für Proben verstoßen gegen europäisches Recht, weil sie das Gebot einer effektiven und wirksamen Kontrolle unterlaufen.

Die Verhaftung eines Amtsveterinärs des Landratsamts Straubing-Bogen übertrifft alles bisher Bekannte im Salmonellenskandal. Darüber hinaus wurden staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen einen Mitarbeiter der Regierung von Niederbayern bekannt, welche ebenfalls bereits zu personellen Konsequenzen geführt haben. Aus diesen Gründen muss der Landtag unverzüglich über die genauen Umstände dieses Falles informiert werden. Der Salmonellenausbruch mit schwerwiegenden Folgen in mehreren europäischen Ländern im Jahr 2014 lässt sich aber nicht nur durch individuelles Fehlverhalten erklären. Er hat im Wesentlichen strukturelle Ursachen und ist insbesondere auch durch schwerwiegende Fehler und Versäumnisse auf höherer Ebene bedingt worden.

Amtsveterinäre und Lebensmittelkontrolleure sind in Bayern zudem starkem Druck durch wirtschaftliche Interessen und politische Einflussnahme vor Ort ausgesetzt. Deswegen müssen sie jetzt nicht nur in ihrer Kontrolleffizienz, sondern auch in ihrer Unabhängigkeit gestärkt werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 10.12.2015 **Drucksache 17/9508**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**9374**

Salmonellen-Skandal: Rückhaltlose Aufklärung und Durchsetzung des Verbraucherschutzrechts auch in Bayern!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Florian von Brunn
Abg. Eric Beißwenger
Abg. Rosi Steinberger
Abg. Benno Zierer
Staatsministerin Ulrike Scharf
Abg. Dr. Otto Hünnerkopf
Abg. Dr. Christian Magerl
Abg. Harry Scheuenstuhl
Abg. Markus Rinderspacher
Staatsminister Dr. Marcel Huber
Abg. Gisela Sengl
Abg. Hubert Aiwanger

Präsidentin Barbara Stamm: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u. a. und Fraktion (SPD)
Salmonellen-Skandal: Rückhaltlose Aufklärung und Durchsetzung des Verbraucherschutzrechts auch in Bayern! (Drs. 17/9374)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u. a. und Fraktion (CSU)
Bayern-Ei: Bericht des Sonderermittlers (Drs. 17/9395)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern-Ei - lückenlose Aufklärung (Drs. 17/9396)

Ich eröffne die Aussprache. – Der erste Redner hat sich schon am Rednerpult eingefunden. Bitte schön, Herr Kollege von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben heute davon gesprochen, dass Sie einen "Volltreffer" gelandet hätten. In der Angelegenheit, über die wir jetzt reden, sind bisher alle Schüsse der Staatsregierung nach hinten losgegangen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Es ist zu überprüfen, ob, und wenn ja, wie bayerische Behörden ihren Aufsichts- und Kontrollpflichten umfassend nachgekommen sind. Es ist zu untersuchen, ob, und wenn ja, aus welchen Gründen Kontrollen nicht durchgeführt oder vorher angemeldet wurden. Aufgeklärt werden muss die Frage, ob und gegebenenfalls aus welchen

Gründen die Öffentlichkeit vom zuständigen Staatsministerium nicht unverzüglich informiert wurde und ob auf diese Weise die Gefährdung von Menschen in Kauf genommen wurde.

Das ist kein Fragenkatalog für einen neuen Untersuchungsausschuss; das stammt aus dem Auftrag des Untersuchungsausschusses zu Berger-Wild und Gammelfleisch aus dem Jahr 2006. Herr Kreuzer – er ist nicht mehr da – müsste das kennen; denn er war Vorsitzender des Untersuchungsausschusses. Das war vor fast zehn Jahren. Wenn wir heute, nach dem europaweiten Salmonellenskandal, Bilanz ziehen, dann können wir keinen großen Unterschied zu 2006 feststellen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir müssen folgern: Die Verbraucherschutzpolitik der Staatsregierung besteht aus leeren Versprechungen und ungedeckten Schecks.

Was die schon damals angesprochene Information der Öffentlichkeit angeht: Die Öffentlichkeit wurde von Ihnen nie aus eigenem Antrieb informiert. Es wurde auch nicht gewarnt. Wenn nicht der Bayerische Rundfunk und die "Süddeutsche Zeitung" diesen Skandal öffentlich gemacht hätten, dann hätten Sie alles unter den Teppich gekehrt.

Der damals verantwortliche Verbraucherschutzminister Marcel Huber – er war bis zum 15. September 2014 im Amt; Mitte Juli war die ganze Geschichte an das Tageslicht gekommen – wurde persönlich am 14. August 2014 über diese Sache informiert. Herr Huber, wir erwarten auch von Ihnen, dass Sie dem Bayerischen Landtag Ihr Verhalten in dieser Angelegenheit erklären.

(Beifall bei der SPD)

Sie waren nicht nur der verantwortliche Minister; als ehemaliger Tierarzt beim Tiergesundheitsdienst Bayern sind Sie mit der Materie vertraut. Ich nehme an, dass Sie wussten, was los war und welche Maßnahmen von der Staatsregierung getroffen wurden und welche nicht.

Eine wichtige Frage für uns: Können wir davon ausgehen, dass Sie an der Entscheidung vom 2. August 2014 beteiligt waren, die Öffentlichkeit nicht zu informieren und auch keine Lebensmittelwarnung herauszugeben? Das hätten wir gern geklärt.

Seit die Causa Bayern-Ei im Mai 2015 aufgedeckt wurde, hat die Staatsregierung keinen besonderen Eifer an den Tag gelegt, aufzuklären und die Fehler in der Öffentlichkeit klar zu benennen. Das Gegenteil von dem, was der Herr Ministerpräsident am 10. Juni öffentlich erklärte, ist geschehen. Er sagte damals:

> Ich möchte, dass die ganze Sache völlig vorurteilsfrei und im Sinne des Verbraucherschutzes angegangen wird.

Ein frommer Wunsch! Die Umsetzung hat zu wünschen übrig gelassen.

Bei der Erfüllung dieses Auftrags, Frau Staatsministerin Scharf, haben Sie nicht nur viel Zeit verloren, sondern noch mehr Porzellan zerschlagen. Das war nicht nur eine Serie von "Pleiten, Pech und Pannen"; nein, Sie konnten durch Ihr Tun das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in Bayern bis heute nicht zurückgewinnen,

> (Beifall bei der SPD)

auch wenn Sie und Herr Dr. Zapf vom Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit versucht haben, der Öffentlichkeit eine heile Welt des Verbraucherschutzes in Bayern vorzugaukeln. So sagte Herr Dr. Zapf im Mai 2015 im Bayerischen Rundfunk:

> Ich bin der Auffassung, dass damals sachgerecht und korrekt vorgegangen wurde.

Frau Ministerin Scharf, Sie selbst haben am 11. Juni bei Ihrem Bericht im Umweltausschuss gesagt, sie – die Behörden – machten ihren Job, und sie machten ihn gut.

Am 24. Juni nahmen Sie wie folgt Stellung:

Die Behörden haben beim Salmonellenausbruch im Sommer 2014 für die Sicherheit der Verbraucher nach Recht und Gesetz gehandelt.

Im Sommer-Interview des Bayerischen Rundfunks haben Sie erst am 6. September gesagt:

Ich glaube, dass wir 2014 richtig gehandelt haben.

Frau Scharf, ich frage Sie jetzt: Haben Sie das eigentlich selbst geglaubt, was Sie da in der Öffentlichkeit gesagt haben?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Tatsache ist doch, dass es einmal mehr die Opposition, die SPD, die GRÜNEN waren, die sich seit vielen Monaten um Aufklärung bemühen, die Ihre Fehler aufdecken und die Sie zum Handeln zwingen. Zurzeit vergeht fast kein Tag ohne neue Hiobsbotschaften: Die Verhaftung eines Amtsveterinärs aus dem Landratsamt Straubing-Bogen, die Suspendierung eines Mitarbeiters der Regierung von Niederbayern.

Sie sprechen jetzt von individuellem Fehlverhalten. Ich möchte an dieser Stelle deutlich sagen, dass wir davon überzeugt sind, dass die übergroße Mehrheit der Lebensmittelkontrolleure und Amtsveterinäre ihre Arbeit gut und gewissenhaft macht.

(Beifall bei der SPD)

Diese schützen die Verbraucher. Das tun Sie nicht. Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle bei den Kontrolleuren bedanken, die oft unter widrigen Umständen kontrollieren, manchmal unter Personalknappheit leiden und manchmal auch einem mehr oder weniger starken Druck ausgesetzt sind, bei bestimmten Interessenlagen Problembereiche nicht so hart anzufassen.

Sicherlich nicht werden wir zulassen, dass Sie diesen Skandal auf individuelles Fehlverhalten reduzieren und sich durch solche Tricks selbst entlasten.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wollen!)

In diesem Zusammenhang gibt es viele offene Fragen, zum Beispiel die Frage nach der Dienstaufsicht mit Blick auf das Landratsamt Straubing-Bogen und die Regierung von Niederbayern. Es gibt klare Fehler und ein Versagen der Staatsregierung. Das von uns in Auftrag gegebene Rechtsgutachten von Professor Holle hat das deutlich gemacht.

Erstens. Sie hätten im August 2014 öffentlich warnen müssen, nachdem die Firma Bayern-Ei das selbst nicht getan hat.

Zweitens. Sie hätten nicht nur am Standort Ettling, sondern auch am Standort Niederharthausen im August 2014 weitergehende Maßnahmen zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher ergreifen müssen – Stichwort: Beprobungspflicht auf Salmonellen und Auslieferung von Eiern nur noch für die industrielle Verarbeitung, also von B-Eiern.

Drittens. Der Gutachter attestiert Ihnen, dass die überlange Zeitdauer für die Probeauswertung gegen europäisches Recht, konkret gegen das Gebot einer effektiven und wirksamen Kontrolle verstößt.

In diesem Zusammenhang, Frau Scharf, wollen wir von Ihnen jetzt endlich wissen, was Sie tun werden, damit europäisches Verbraucherschutzrecht endlich auch in Bayern eingehalten wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie müssen dem Hohen Haus zeitnah erläutern, was Sie tun wollen, damit die Lebensmittelkontrolleure und die Amtsveterinäre in ihrer Unabhängigkeit und damit in ihrer Möglichkeit gestärkt werden, effizient zu kontrollieren.

Leider hat die CSU gestern in der Haushaltsdebatte ein vollmundiges Versprechen wieder nicht eingelöst. Von den von Ihnen versprochen 40 neuen Stellen für die Spezi-

aleinheit des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sind nur noch 20 übrig geblieben und aus unserer Sicht auch höchst wackelig gegenfinanziert.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie das Landesamt weiter personell stärken. Sie müssen auch der regionalen Konzentration der Massentierhaltung endlich Rechnung tragen und die Kontrollen dort gezielt stärken, wo die Großställe stehen. Das System der Selbstkontrollen gehört auf den Prüfstand, genauso – ganz ernst gemeint – wie die Ansiedelung von Kontrolleuren bei den Landratsämtern.

Sie müssen die unabhängigen Kontrollen vor Ort stärken. Die Einführung einer Rotation von Kontrollpersonen, das Vier-Augen-Prinzip in der Kontrolle – das sind für uns sinnvolle Vorschläge. Auch – das gestehen wir gerne zu – die Kontrolle der Kontrolleure durch die Spezialeinheit findet unsere Unterstützung. Ich möchte Sie aber an dieser Stelle auffordern: Erarbeiten Sie die notwendigen Verbesserungen zusammen mit den erfahrenen Leuten, die Sie in der Kontrolle sitzen haben, die in der Praxis stehen, und auch mit den Personalräten Ihrer Behörden. Das wird nicht nur die Qualität, sondern sicher auch die Akzeptanz dieser Maßnahmen befördern.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden dem Antrag der GRÜNEN zustimmen. Wir werden auch dem Berichtsantrag der CSU-Fraktion zustimmen. Wir geben aber ausdrücklich zu Protokoll: Der Bayerische Oberste Rechnungshof ist sicherlich eine hoch anerkannte, unabhängige Instanz. Damit Sie uns aber wirklich überzeugen, möchten wir schon wissen: Welche Möglichkeiten wird er haben, Fachkompetenz hinzuzuziehen? Welches Budget wird er haben, um Gutachten und Ähnliches erstellen zu können? – All das sind Fragen, die wir beantwortet haben wollen. Wir wollen von Ihnen, Frau Scharf, bis spätestens Ende Januar einen substanziellen Bericht vorgelegt bekommen. Wir wollen einen konkreten Maßnahmenkatalog mit einem verbindlichen Zeitplan, wie Sie die von mir genannten Probleme angehen.

Zum Schluss: Wir glauben an Ihre Bonität in dieser Sache erst, wenn Ihre Schecks eingelöst und auf dem Konto des bayerischen Verbraucherschutzes tatsächlich gutgeschrieben sind.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächste Wortmeldung – er ist schon bereit –: Herr Kollege Beißwenger. Bitte schön.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kollegen! In Bayern arbeiten sehr viele Menschen in der Lebensmittelüberwachung als Amtstierärzte, als Lebensmittelkontrolleure. Diesen Menschen und damit auch der staatlichen Verwaltung ist zumindest bisher ein großer Vertrauensvorschuss entgegengebracht worden. Zum Teil hat sich dies leider geändert. Dafür sind die Vorfälle, die in der letzten Zeit bei Bayern-Ei aufgedeckt wurden, mit verantwortlich.

Die Frage, die sich uns allen stellen muss, lautet: Wie kann man sicherstellen, dass dieses Vertrauen gerechtfertigt wieder hergestellt wird? Lebensmittelsicherheit hat schließlich oberste Priorität. Die Verbraucher müssen sich auf die Kontrollen verlassen dürfen – darüber sind wir uns wohl alle einig.

Die Mitarbeiter, die in den Kontrollstellen tätig sind, bekleiden verantwortungsvolle staatliche Positionen, die auch entsprechend ausgestattet und in der Regel Beamtenstellen sind. Falls es bei der Lebensmittelüberwachung bzw. bei den Kontrollen Schwächen gibt, sind diese unverzüglich abzustellen.

Kontrollbehörden, die bei der Kontrolle mit den zu kontrollierenden Betrieben Absprachen treffen, sind nicht tolerierbar. Dass die Staatsanwaltschaft Regensburg nach dem Stand der Ermittlungen einen Veterinär am Landratsamt Straubing-Bogen eines strafbaren Handelns beschuldigt, hat nicht nur Sie, Herr von Brunn, überrascht – das hat uns alle überrascht. Der Amtstierarzt sitzt deshalb in Untersuchungshaft. Weiterhin ist

ein Mitarbeiter der Regierung von Niederbayern von der Staatsanwaltschaft eines Fehlverhaltens beschuldigt worden.

Diese Vorfälle müssen aufgeklärt werden. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Lassen wir sie also bitte erst einmal ermitteln. Sie alle profitieren von den Ermittlungen dieser Staatsanwaltschaft. Darüber hinaus wird ein externer Sonderermittler eingesetzt. Die Ergebnisse – die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und den Bericht des Sonderermittlers – müssen wir zunächst einmal abwarten. Der Bericht soll bis spätestens Ende Januar vorgelegt werden. Wir werden uns die Erkenntnisse anhören, sie bewerten und unsere Konsequenzen daraus ziehen – Konsequenzen, wie man eventuell bei systemischen Fehlern Abhilfe schafft bzw. wie man eventuelle kriminelle Machenschaften frühzeitig aufdeckt, damit sich die Staatsanwaltschaft dann zeitnah solcher Elemente annehmen kann.

Wir müssen uns vielleicht auch über neue Strukturen unterhalten. Ich will hier kein Denkverbot. Das heißt, gegebenenfalls muss man auch über eine Umorganisation nachdenken, ein Vier-Augen-Prinzip, Sonderbehörden oder auch eine Innenrevision. Alles muss angedacht werden können, was im Namen des Verbraucherschutzes notwendig ist. Auch ein strikt angewandtes Rotationsprinzip könnte unter Umständen für Verbesserungen sorgen; denn man kann vielleicht eine gewisse Nähe zwischen Behörde und Kontrolleur auf der einen Seite und den zu Kontrollierenden auf der anderen Seite vermeiden, indem beispielsweise die Amtstierärzte nur für eine bestimmte Zeit für dieselben Betriebe zuständig sind.

Vor kriminellen Machenschaften schützt uns natürlich kein noch so ausgeklügeltes Kontrollsystem. Ob im vorliegenden Fall kriminelle Elemente am Werk waren, ob es Einzelne oder Mehrere waren, all dies wird die Justiz jetzt rückhaltlos aufklären. Davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall bei der CSU)

100-prozentige Sicherheit wird es kaum geben können. Wir werden uns aber Gedanken machen, wie wir einerseits kriminelles Fehlverhalten Einzelner besser vermeiden können und – mit Blick auf unsere Bürger ganz wichtig – wie wir andererseits verloren gegangenes Vertrauen wieder herstellen und auch aufbauen können. Hierzu müssen wir in jedem Fall rückhaltlos aufklären und hart durchgreifen. Eine einfache Rückkehr zur Tagesordnung darf es nicht geben. Aufklären, allerdings ohne Skandalisierung, ohne Schaum vor dem Mund. Schließlich arbeiten sehr viele Menschen in der Lebensmittelindustrie, die tagtäglich saubere Arbeit abliefern.

(Beifall bei der CSU)

Diese dürfen wir ebenso wenig unter Generalverdacht stellen wie all die redlichen Beamten, Landwirte und Bauern, die ihrer Arbeit rechtschaffen nachgehen.

Wir sind einerseits für eine sachliche Aufklärung. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. Wir sind aber andererseits gegen eine Skandalisierung und Vorverurteilung. Deshalb lehnen wir die Anträge der GRÜNEN und der SPD ab. Ein unverzüglicher Bericht der Staatsregierung zu den im Dringlichkeitsantrag angesprochenen Punkten ist nicht sinnvoll. Den Ausgang der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren sowie das Ergebnis des externen Sonderermittlers müssen wir abwarten.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Beißwenger. - Als Nächste spricht die Kollegin Steinberger. Bitte schön.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Liebe Frau Ministerin Scharf, ich begrüße es, dass Sie heute zu diesem Thema in den Landtag gekommen sind und dass Sie nicht nur dem Kabinett, sondern auch dem Landtag über die aktuellen Entwicklungen im Fall Bayern-Ei berichten. Das gehört sich einfach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist ja nicht das erste Mal, dass wir uns mit diesem Skandal – man kann auch sagen: mit diesem Saustall im Hühnerstall – beschäftigen. Lieber Kollege Beißwenger, wenn das ein Skandal ist, dann darf ich ihn auch so benennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist, wie gesagt, nicht das erste Mal, dass wir uns mit diesem Thema beschäftigen. Jedes Mal wird es schlimmer. Deshalb müssen wir und müssen Sie endlich an die Ursachen ran. Eine Wissenschaftlerin wurde in der Presse so zitiert: Wenn man immer nur das Minimum macht, kumuliert das halt irgendwann in einer Katastrophe. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, beschreibt den Zustand der bayerischen Lebensmittelüberwachung recht gut.

Die Katastrophe ist im letzten Jahr passiert, und es wird sicher nicht die letzte sein, wenn wir nicht Wesentliches ändern. Über die Vorfälle im letzten Jahr brauche ich im Einzelnen nichts mehr zu sagen; Sie kennen sie. Aber eines ist klar: Die Hinweise auf die Firma Bayern-Ei waren erdrückend. Aber was haben unsere Aufsichtsbehörden gemacht? Wie bei einem kleinen Lebensmittelerzeuger haben Sie Proben genommen, der Unternehmer wurde beraten, ja, es wurde auch desinfiziert. Aber weiter ging es mit business as usual bis zum nächsten Salmonellenfund zwei Wochen später.

Die Öffentlichkeit wurde nicht informiert, obwohl Warnmeldungen aus vielen Teilen Europas da waren und obwohl es auch in Bayern vermehrte Krankmeldungen gegeben hat. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, hätte man vermeiden können und auch vermeiden müssen. Man hätte die Öffentlichkeit informieren müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man hat einige Tageschargen zurückgeholt. Aber Millionen von Eiern blieben im Handel, obwohl sie vermutlich auch verseucht waren. Das war verantwortungslos und

diente nur den Interessen des Unternehmers. Heute wissen wir auch, warum es so war.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wäre Aufgabe des LGL gewesen, hier einzugreifen. Aber das ist nicht passiert. Die Frau Ministerin hat sich hier immer schützend vor ihre Vollzugsbeamten gestellt und behauptet, alle hätten immer nach Recht und Gesetz gehandelt. Dass das nicht gestimmt hat, wissen wir spätestens jetzt. Das gilt leider auch für vieles andere, was uns die Ministerin in diesem Jahr so erzählt hat.

Nun wissen wir dank der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zum Glück, dass es nicht nur beim Betreiber der Hühnerfabrik erhebliche kriminelle Energie gegeben hat, sondern auch bei Teilen der Aufsichtsbehörden. Da hilft es natürlich nichts, wenn die Kontrollen der Spezialeinheit, die es ja gegeben hat, gemeinsam mit den Kreisverwaltungsbehörden durchgeführt wurden. Wir sagen, hier muss eindeutig mehr Personal beim LGL und auch mehr Unabhängigkeit her. Unser Antrag auf 20 zusätzliche Stellen beim LGL ist gestern leider mit der CSU-Mehrheit abgelehnt worden. Wann wachen Sie auf dieser Seite des Parlaments endlich auf?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen aber nicht nur mehr Personal bei den Kontrollbehörden. Wir brauchen – davon sind wir zutiefst überzeugt – auch eine Umstellung des Systems. Die Organisation der Kontrollen ist bei den Kreisverwaltungen nicht gut aufgehoben; denn es gibt eine zu große Nähe zwischen den Kontrolleuren und den immer gleichen Betrieben. Eine Kumpanei zwischen Kontrolleuren und Kontrollierten darf es nicht geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen auch eine eindeutige Gesetzeslage, was die Information der Bevölkerung angeht. Bisher gibt es dafür zu viele Ausnahmeregelungen und Kann-Bestim-

mungen, und darauf berufen Sie sich ja die ganze Zeit. Sie hätten gar nicht warnen müssen, sagen Sie immer. Aber, Frau Ministerin, das ist nun wahrlich keine große Leistung. Verantwortliches Handeln sieht anders aus. Wenn Menschenleben in Gefahr sind, muss alles getan werden, um das Risiko zu minimieren. Alles andere ist verantwortungslos und unerträglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diesen Vorwurf richte ich ausdrücklich auch an den damaligen Verbraucherschutzminister Marcel Huber; Herr Kollege von Brunn hat das ja auch schon erwähnt. Sehr geehrter Herr Huber, Sie halten sich bisher vornehm zurück, obwohl Sie damals verantwortlich waren. Sie sind vom Fach und mit der Branche bestens vertraut. Deshalb sind wir schon gespannt, ob wir von Ihnen einmal eine Aussage zu diesen Gegebenheiten bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind auch alle gespannt, was der Sonderermittler, der angekündigt worden ist, herausbekommt. Heute haben wir erfahren, es ist der Oberste Rechnungshof. Wir wollen hoffen, dass er wirklich alle Mittel und alle Unterstützung bekommt, die er für die Ermittlungen braucht. Wir erwarten endlich eine umfassende Aufklärung des Skandals. Wir werden auch ganz genau hinschauen, ob man uns nicht wieder mit Halbwahrheiten abspeist; denn für uns ist eines klar: Wir brauchen ein neues System der Lebensmittelkontrolle. Skandale hatten wir schon genug. Ziehen Sie endlich die richtigen Konsequenzen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den beiden Berichtsanträgen, die uns vorliegen, stimmen wir selbstverständlich zu. Wir finden es sehr schade, dass die CSU-Fraktion unserem Antrag, der auch ein Berichtsantrag ist, nicht zustimmt; denn ich muss eines sagen: Wenn wir warten, bis die

Staatsanwaltschaft zu Ende ermittelt hat, kann es Jahre dauern. Wir brauchen vorher bessere und eindeutigere Ergebnisse.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Jetzt hat der Herr Kollege Zierer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die drängendste Frage, die jetzt beantwortet werden muss, ist sicher: Haben wir es mit einem Einzelfall zu tun, oder handelt es sich um strukturelle Probleme in der amtlichen Lebensmittelüberwachung? - Das Vertrauen der Ministerin zu den Beamten in ihren Behörden draußen muss doch unendlich erschüttert sein. Frau Ministerin, Sie haben gutgläubig darauf vertraut, dass die Leute ihren Job schon richtig machen werden. Waren Sie zu naiv, Frau Ministerin? Wurden Sie belogen? Wurde Ihnen Sand in die Augen gestreut, um Sie zum Erblinden zu bringen? - Diese Fragen stellen sich anlässlich dieses Skandals eindeutig.

Wo wird denn die Überwachung vollzogen? - In den Landratsämtern und in den Veterinärämtern. Dort sitzen die Verantwortlichen. Die Ersten, die hier verantwortlich sind, sind die Amtstierärzte, die in dem Betrieb waren, und die Sachgebietsleiter, die alle mit dem Betrieb zu tun hatten. Auch ein Abteilungsleiter kann nicht behaupten, er habe von nichts gewusst. Alle Beamten, die ihren Eid geleistet haben, dass sie die Gesetze wahren wollen und ihre Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, haben diese anscheinend nicht ernst genommen. Wenn ein Landrat sagt, sein Amt könne den Betrieb aufgrund dessen Größe nicht kontrollieren, ist das ein Offenbarungseid.

Welche Schuld trifft das LGL? - Hierzu gab es im Ausschuss bisher nur Gespräche und Ausreden: Alles passt, alles ist in Ordnung. - Leider hat sich herausgestellt, dass es nicht so ist.

Uns geht es darum, dass zukünftig bei den Kontrollen andere Prioritäten gesetzt werden und nicht wieder nach mehr Kontrolleuren geschrien wird. Wir können uns sehr gut vorstellen, was dabei herauskommt, wenn mehr Kontrolleure eingestellt werden. Dann nämlich wird die Bäuerin mit ihren 50 Hennen dreimal im Jahr kontrolliert. Ob wir den Verbrauchern einen Gefallen tun, wenn wir die kleinen Betriebe, die wir eigentlich wollen, unnütz gängeln? Diese Frage müssen wir uns stellen.

Wir begrüßen die Initiative der Staatsregierung, die Lebensmittelüberwachung fachlich von einem Sonderermittler prüfen zu lassen. Aber fragen wir uns doch, was ein Ermittler vom Obersten Rechnungshof in der Sache Bayern-Ei ermitteln wird. Ist das wirklich der richtige Fachmann? Soll er nachsehen, ob und wie viele Schmiergelder geflossen sind? Ist dieser Sonderermittler ein Hygiene- und Tierschutzexperte? - Das wollen wir schon sehr genau wissen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir erwarten im Januar einen ausführlichen Bericht über die Ergebnisse dieser Ermittlungen. Wir wollen wissen, wie es zukünftig mit der Lebensmittelüberwachung aussieht. Wir wollen konstruktive, durchdachte Vorschläge, keine Schnellschüsse, damit möglichst rasch alles vom Tisch ist. Sonst haben wir in ein paar Monaten den nächsten Skandal. Es darf jetzt nichts mehr schöngeredet werden. Das können wir uns angesichts der eklatanten Vorfälle nicht leisten. Die Leidtragenden sind nicht nur die Verbraucher, sondern auch eine Vielzahl landwirtschaftlicher Betriebe, die sauber arbeiten und die Gesetze einhalten und dadurch einwandfreie Lebensmittel produzieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Verband der Lebensmittelkontrolleure fordert schon seit einiger Zeit, dass Kontrolleure nicht mehr bei den Landratsämtern, sondern generell auf einer höheren Ebene, also bei den Bezirksregierungen, angesiedelt werden sollen. Es gibt sicherlich Gründe für diese Forderung. Sie sahen möglicherweise das Defizit und kamen dadurch zu dieser Anregung. Der Vorsitzende des Verbandes der Geflügelerzeuger meinte sinnge-

mäß, in der Lebensmittelerzeugung steckt eine große kriminelle Energie - nicht nur bei den Erzeugern, sondern auch bei den Verarbeitern. Darum muss genau hingesehen werden.

Wir wollen jetzt eine schonungslose Aufklärung, und das so schnell wie möglich. Deswegen werden wir den Anträgen der SPD und der GRÜNEN zustimmen. Diese verlangen detaillierte Aufklärung in einer Sache, die uns alle interessiert. Leider vermissen wir diese Deutlichkeit und Klarheit im Antrag der CSU. Wir werden deren Antrag deshalb ablehnen. Er ist uns nicht konkret genug. Mit dem Einsatz eines Sonderermittlers des Rechnungshofs alleine kann man bei diesen Vorfällen nicht weiterkommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Schluss noch ein Wort an Sie, Frau Ministerin. Sie haben von Anfang an betont, Ihre Beamten hätten sich nichts zuschulden kommen lassen; sie hätten nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet. Sie, Frau Ministerin, und auch wir wissen, dass es leider nicht so gewesen ist. Deshalb fordere ich Sie auf: Schaffen Sie Klarheit! Die Zeit des Herumeierns ist vorbei.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön, Herr Kollege. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Scharf um das Wort gebeten. Bitte sehr.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Ministerium hat in den letzten Tagen umfassend zum Fall Bayern-Ei aufgeklärt, zuletzt am vergangenen Freitag in einer Pressekonferenz und diese Woche am Montag und am Dienstag mit einer Pressemitteilung.

(Zurufe von der SPD)

Jetzt geht es darum, das Vertrauen der Verbraucher in die Arbeit unserer Kontrollbehörden wiederherzustellen und zu stärken. Das ist mir ganz besonders wichtig.

Wir wissen auch ganz klar: Kriminelles Verhalten kann nicht ganz ausgeschlossen werden. Ich betone deswegen auch: Wenn sich diese Beschuldigungen bewahrheiten, ist ein solches Verhalten nicht hinzunehmen. Schwarzen Schafen muss das Handwerk gelegt werden. Wir müssen hier mit allen Mitteln des Strafrechts und des Dienstrechts vorgehen.

(Beifall bei der CSU)

Ein Amtstierarzt vom Landratsamt Straubing-Bogen sitzt seit dem 4. Dezember in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft Regensburg hat dazu mitgeteilt, dass er der folgenden Straftaten dringend verdächtigt ist: der Beihilfe zum vorsätzlichen Inverkehrbringen von gesundheitsschädlichen Lebensmitteln in Tateinheit mit Beihilfe zur Körperverletzung mit Todesfolge, in Tateinheit mit Beihilfe zur gefährlichen Körperverletzung in 40 Fällen und in Tatmehrheit mit Beihilfe zu gewerbsmäßigem Betrug in 480 Fällen. Der Beschuldigte hat im Rahmen der Vernehmungen fehlerhaftes Verhalten eingeräumt.

In der Regierung von Niederbayern soll ein Mitarbeiter in einem Fall das Dienstgeheimnis verletzt haben. Das ist ein deutlich weniger gravierender Vorwurf. Der Mitarbeiter bestreitet diesen Vorwurf, aber auch hier gilt: Es muss vollumfänglich aufgeklärt werden.

Das Verbraucherschutzministerium unterstützt die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft vollumfänglich und hat umgehend gehandelt. Das heißt: sofortige Suspendierung des Amtstierarztes am Landratsamt Straubing-Bogen durch die Regierung von Niederbayern auf Anweisung meines Hauses, und für den Mitarbeiter der Regierung von Niederbayern gilt bis zur Klärung des Vorwurfs die vorläufige Entbindung von seinen Amtsgeschäften.

Ich habe höchstes Interesse an einer lückenlosen Aufklärung ohne jede Rücksicht. Deshalb haben wir über diese Vorwürfe und auch über die von uns getroffenen Maßnahmen sofort die Öffentlichkeit informiert. Jeder Fall kriminellen Handelns in einem

solch sensiblen Bereich der Lebensmittelsicherheit ist einer zu viel. Das gilt für die Produzenten, das gilt aber auch ganz besonders für die Behörden.

Daher setze ich alles daran, unsere Kontrollen weiter zu verbessern, mögliche Lücken und Schwachstellen zu beseitigen, aber auch das Verbraucherbewusstsein zu unvermeidlichen Risiken im Umgang mit tierischen Produkten weiterhin zu verbessern. Deswegen meine Agenda zu sicheren Lebensmitteln, deswegen mein Drei-Säulen-Programm zu guten Lebensmitteln aus Bayern. Gute Lebensmittel aus Bayern heißt: mehr Kontrollen durch die Spezialeinheit des LGL sowohl bei den Geflügelgroßbetrieben als auch zur Qualitätssicherung der eigenen Kontrollen. Ich habe dem Hohen Haus darüber berichtet. Wir haben im Nachtragshaushalt 20 zusätzliche Stellen eingeplant und können diese ab dem 01.01.2016 besetzen.

Mehr Sicherheit durch begleitende Eigenkontrolle, ist eine weitere der drei Säulen im Drei-Säulen-Programm. Das bedeutet, zusätzlich zu den amtlichen Kontrollen überwachen die Behörden auch die Eigenkontrollen vor Ort, wenn sie dafür einen Anlass sehen.

Mehr Transparenz: Wir werden die Ergebnisse dieser Kontrollen bei den Großgeflügelbetrieben anonymisiert veröffentlichen, um mehr Vertrauensschutz für die Menschen zu schaffen. Ich nenne hier die künftige Vertrauensperson Lebensmittelsicherheit am LGL, bei der Verstöße anonym angezeigt werden können.

Weitere Bausteine dazu sind unsere Informationskampagne, aber auch unsere Forderung nach einem entsprechend der Verfassung schnellstmöglichen Ausstieg aus der Käfighaltung.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe letzten Montag angekündigt, ein externes Sondergutachten zu beauftragen. Dieses Sondergutachten soll die Strukturen der bayerischen Veterinär- und Lebensmittelüberwachung auf Herz und Nieren überprüfen. Sind wir bei der Lebensmittelüberwachung richtig aufgestellt? Brauchen wir einzelne Änderungen oder brauchen wir eine Änderung in der Struktur?

Ich habe den Bayerischen Obersten Rechnungshof gebeten, diese wichtige Aufgabe für uns zu übernehmen. Der Bericht soll Ende Januar vorliegen. Wenn wir fundierte Schlussfolgerungen ziehen wollen, ist das der kürzestmögliche und ohnehin sehr ambitionierte Zeitraum; aber sobald diese Ausarbeitung vorliegt, können wir die Antworten auf Fragen nach strukturellen Verbesserungen geben.

Wichtig ist mir jetzt noch eine Feststellung: Das Verbot für Bayern-Ei gilt bis heute. Die Firma darf aktuell keine Eier als Lebensmittel in den Verkehr bringen. Das ist vom Verwaltungsgericht Regensburg so bestätigt. Das Urteil des VGH steht noch aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich drei Dinge zusammenfassen:

Erstens. Fehlverhalten muss rückhaltlos aufgeklärt werden. Ich danke hier ausdrücklich der Staatsanwaltschaft für ihre Arbeit. Ich unterstütze diese Arbeit vollumfänglich.

Zweitens. Wir analysieren die Ergebnisse des Sondergutachtens ganz genau.

Drittens. Wir nehmen auf der Basis des Sondergutachtens gezielt notwendige strukturelle Verbesserungen vor.

(Zuruf von der SPD: Eine stolze Leistung für etwas, was seit einem halben Jahr feststeht!)

Das allem übergeordnete Ziel muss sein, eine höchstmögliche Sicherheit für die Menschen in unserem Land und ein Mehr an Kontrollen, ein Mehr an Transparenz und eine umfassende Prüfung unseres Veterinär- und Lebensmittel-Überwachungssystems zu bekommen. Das ist aus meiner Sicht der richtige Weg.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Präsidentin Barbara Stamm: Eine Zwischenbemerkung: Frau Kollegin Steinberger. Bitte sehr.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben angekündigt, dass der Oberste Rechnungshof ein Gutachten erstellen wird. Sie haben aber überhaupt nichts dazu gesagt, wie viele Personen damit beauftragt werden, welches Budget dafür vorhanden ist und ob man sich externen Sachverstand dazuholt. Es wäre schön, wenn Sie ein bisschen konkretisieren könnten, wie diese Sonderermittlung genau aussehen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Frau Kollegin Steinberger, der Oberste Rechnungshof ist ein wirklich idealer Gutachter. Er ist eine unabhängige Kontrollinstanz der Staatsregierung. In unseren Augen ist der Oberste Rechnungshof ein ausgewiesener Fachmann für Behördenhandeln und Behördenorganisation. Lassen Sie uns diesen Auftrag klar formulieren. Wenn Sie daran Interesse haben, können wir Sie gerne darüber unterrichten. Der ORH wird im Rahmen seiner Möglichkeiten ein Gutachten für uns vorlegen.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Jetzt hat sich noch einmal Herr Kollege von Brunn zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Staatsministerin! Ein Satz mit x, das war wohl nix.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das hat unser Informationsbedürfnis überhaupt nicht befriedigt. Das, was Sie uns jetzt gesagt haben, haben wir schon x-mal in der Zeitung gelesen und aus den Medien erfahren. Dafür hätten Sie nicht extra aus Paris zurückkommen müssen. Das sage ich an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Bisher haben wir es vermieden. Ich sage es jedoch jetzt ganz offen: Wir stellen Ihre Kompetenz und Eignung für dieses Amt an dieser Stelle infrage.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben kein Wort zu den Inhalten unseres Gutachtens gesagt. Sie haben nichts zu den Verstößen gegen das europäische Recht gesagt. Sie haben nichts Konkretes gesagt. Das, was Sie gesagt haben, hätten Sie sich sparen können.

Die CSU-Fraktion wirft uns Skandalisierung vor. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht derjenige skandalisiert, der den Finger in die Wunde legt. Das ist doch ein völlig falsches Verständnis.

(Beifall bei der SPD)

Sie handeln nach dem Prinzip: Angriff ist die beste Verteidigung. Ich verstehe, dass Sie unserem Antrag nicht zustimmen können, auch wenn er richtig ist. Offensichtlich haben Sie diese Größe nicht. Trotzdem werden wir Ihrem Antrag zustimmen, weil wir es für eine gute Tradition in diesem Hause halten, Berichtsanträgen zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Huber, an dieser Stelle bitte ich Sie noch einmal, dem Bayerischen Landtag Rede und Antwort zu stehen. Es gibt einen Todesfall – unser Gutachter hat das erwähnt –, wegen dem die Staatsanwaltschaft Regensburg ermittelt. Der Todesfall am 3. September hätte möglicherweise vermieden werden können. Wir würden gerne von Ihnen wissen, wie Sie diese Sache beurteilen und uns das erklären wollen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Jetzt hat noch einmal Frau Kollegin Steinberger ums Wort gebeten. Bitte schön, Frau Kollegin.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Ministerin, ich muss ehrlich sagen, dass ich etwas enttäuscht bin. Gestern haben wir lange darüber gesprochen, ob Sie heute aus Paris kommen, um uns einen Bericht zu geben. Wir haben einen Bericht erwartet. Was wir bekommen haben, waren Informationen, die Sie im Rahmen der Pressekonferenz und der Pressemitteilung auch schon herausgegeben haben. Das war sehr dürftig. Damit können wir auf keinen Fall einverstanden sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben zu Recht gesagt, dass das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher wieder zurückgewonnen werden müsse. Das bedeutet, dass das Vertrauen schon weg ist. Sie kommen jedoch mit Plattitüden: Das werden wir schon irgendwann aufklären. - Auf diese Weise holt man das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher auf keinen Fall zurück. So kommen wir auf keinen Fall weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Eines muss ich auch noch sagen: Wir beschäftigen uns mit diesem Thema schon sehr lange. Der Skandal hat sich bereits vor über einem Jahr in Bayern und vielen Ländern Europas ereignet. Sie behaupten, das Ministerium habe aufgeklärt, und verweisen als Beweis für die Aufklärung auf die Pressekonferenz und die Pressemitteilung. Was ist das bitte für eine Aufklärung? – Das ist gar nichts. Eine Aufklärung stellen wir uns ganz anders vor.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie sagen, das Ministerium habe ausreichend aufgeklärt. Ich frage mich, was das Ministerium die letzten eineinhalb Jahre gemacht hat. Aus dem Ministerium wäre überhaupt nichts gekommen, wenn die Medien nicht darauf aufmerksam geworden wären. Wäre die Opposition mit ihren Nachfragen nicht so hartnäckig gewesen, wäre das Ganze im Sande verlaufen. Wir hätten heute überhaupt nichts gehabt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte noch ein paar Punkte anmerken, die Sie als Verbesserung dargestellt haben. Sie führen immer das Verbraucherbewusstsein an. Ich denke da an Herrn Zapf, der in unserer Sondersitzung gesagt hat: Was ist das denn immer für ein Gewese mit diesen Eiern? Man weiß doch, dass man aufpassen muss. Ich werfe das Ei in heißes Wasser, und gut ist die Geschichte. - Wenn man als verantwortlicher Behördenmitarbeiter auf diese Weise die Probleme angeht, wundert mich, ehrlich gesagt, überhaupt nichts mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben angekündigt, dass die Eigenkontrollen besser überwacht werden müssen, und zwar nur, wenn es geboten erscheint. Ich bin der Auffassung, dass die Überwachung der Eigenkontrolle immer geboten ist. Das gilt vor allem für eine Firma wie Bayern-Ei. Wir haben uns darüber informiert, wo Bayern-Ei seine Produkte überprüfen lässt und wo die Labore sitzen. Ich habe mir zwei Standorte herausgesucht. Einer ist in Cuxhaven und ein anderer in Oldenburg. Als bayerische Behörde muss ich mich doch fragen, wieso Bayern-Ei seine Eier am anderen Ende der Republik testen lässt. Wieso wird das nicht in bayerischen Untersuchungsanstalten gemacht? Vielleicht müsste man sie darauf hinweisen, dass wir das verlangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Rahmen meiner Zwischenfrage wollte ich wissen, wie viele Leute hinsichtlich des Arbeitsauftrags an den Obersten Rechnungshof beschäftigt sind und wie hoch das Budget dafür ist. Dazu haben Sie überhaupt nichts gesagt. Bei mir erweckt das den Eindruck, dass Sie es nicht wissen. Zuerst müsste ein Arbeitsauftrag formuliert werden. Mich wundert es schon, dass der Oberste Rechnungshof bereits arbeitet. Er hat die Protokolle des Umweltausschusses bereits angefordert. Das bedeutet, dass es bereits einen Arbeitsauftrag geben muss. Frau Ministerin, es kann jedoch sein, dass Sie den gar nicht kennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kurz und gut, ich komme zum Schluss. Wir bilanzieren: Frau Ministerin, die Informationen, die Sie uns heute geliefert haben, waren mehr als dürftig. Das reicht uns auf keinen Fall. Ich bin gespannt, was uns noch alles aufgetischt wird. Wir sind auf alle Fälle gespannt, ob der Oberste Rechnungshof tatsächlich einen Arbeitsauftrag erhalten hat. Wir erwarten nicht, dass wir das von Ihnen erfahren. Ich hoffe, dass die Beschwichtigungen und Vertuschungen aus dem letzten Jahr nicht fortgeführt werden. Das wäre wirklich ein richtiger Skandal.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Jetzt erteile ich Herrn Kollegen Dr. Hünnerkopf das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Einige Aussagen, die hier getroffen worden sind, kann ich so nicht stehen lassen. Zum Ersten: Die Lebensmittelkontrolle habe Vertrauen verloren. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, in einem Fall, bei dem kriminelles Handeln im Spiel war, hat es nicht funktioniert. In diesem Fall kann es nicht funktionieren. In über 99 % aller Fälle gibt es jedoch keine Beanstandungen der Lebensmittelkontrollen. Ich finde, man kann nicht davon sprechen, dass das Vertrauen erschüttert ist. Das Vertrauen ist da.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Mit diesem einen Beispiel können Sie nicht skandalisieren.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Es hat einen Toten gegeben!)

– Ja, es hat einen Toten gegeben. In anderen Fällen, in denen menschliches Versagen im Spiel ist, gibt es auch mal Tote.

(Widerspruch bei der SPD – Dr. Paul Wengert (SPD): Das ist ja skandalös!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage es noch einmal: Wenn es in der Folge kriminellen Handelns zu einem Toten kommt, ist das zu bedauern.

(Florian von Brunn (SPD): Es wird immer besser!)

Das ist ganz klar. Das will niemand von uns. Das kann niemand wollen.

(Florian von Brunn (SPD): Sie wollen keine Aufklärung!)

Ich kann das nicht rückgängig und ungeschehen machen. Das wollte ich damit sagen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Sie wollen bagatellisieren. Das ist unglaublich!)

– Liebe Kollegin Bause, das wird nicht bagatellisiert. Sie dürfen davon ausgehen, dass wir diesen Anlass sehr ernst nehmen.

(Florian von Brunn (SPD): Nicht die Ministerin!)

– Auch die Ministerin.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir stehen mit der Ministerin im Gedankenaustausch.Ich weiß, dass sie sich sehr ernsthaft Gedanken macht.

(Isabell Zacharias (SPD): Gedanken macht?)

Sie wollen etwas vorwegnehmen, was jetzt noch nicht möglich ist.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Eineinhalb Jahre! – Florian von Brunn (SPD): Seit Monaten reden!)

Es ermittelt der Staatsanwalt. Ein Sonderermittler wird jetzt das Ganze ergänzen. Aber Sie möchten Dinge vorwegnehmen, die jetzt einfach noch nicht bekannt sind.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Mein Gott! – Margarete Bause (GRÜNE): Anderthalb Jahre! – Unruhe)

Die Ministerin weiß auch erst seit einigen Tagen, dass hier kriminelles Handeln im Spiel war.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Lachen des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) – Anhaltende Unruhe)

Präsidentin Barbara Stamm: Einen Augenblick, bitte. – Herr Kollege, bitte einen Augenblick.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Wir müssen über ganz klare Fakten reden können, nämlich dass der Staatsanwalt mitgeteilt hat, dass sich hier ein Mitarbeiter des Landratsamts derart fehlverhalten hat. Das haben wir vorher nicht gewusst. Sie haben es auch nicht gewusst. Insofern müssen wir abwarten, was sonst noch ermittelt wird und welche Ergebnisse hier noch ans Tageslicht gebracht werden.

(Margarete Bause (GRÜNE): Wir machen Druck hinter den Ermittlungen! – Gegenruf von der CSU: Wie bitte?)

- Wenn Sie als GRÜNE einem Staatsanwalt Druck machen, ist das für mich ein neues Verhalten.

(Beifall bei der CSU – Margarete Bause (GRÜNE): Anderthalb Jahre ist da nichts geschehen!)

Ich will noch ein Weiteres sagen. Auch die Eigenkontrollen werden hier einfach abgetan und skandalisiert. Sie tun immer so, als ob jeder Unternehmer dem Verbraucher oder demjenigen, für den er etwas produziert, etwas vorenthalten und ihn hintergehen will.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Jeder Unternehmer ist erstmal bestrebt, durch Eigenkontrolle Probleme zu eliminieren und ihnen vorzubeugen, damit er nicht in eine solche Situation kommt. Das ist der normale Weg.

(Beifall bei der CSU)

Auch hier gilt: Wenn das bei einzelnen Ausnahmen anders gehandhabt wird, darf man das nicht verallgemeinern. Wir wissen sehr wohl - das ist eine leidvolle Erfahrung -, dass bei großen Betrieben mit 400.000 oder 500.000 Legehennen - in einem Stall waren es 400.000 oder 500.000 – ein besonderer Überwachungsbedürfnis besteht.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): 1,2 Millionen! Der Betrieb 1,2 Millionen!)

- Der Betrieb, genau. Hier besteht ein besonderes Überwachungsbedürfnis. Zum einen sind diese großen Ställe im Moment nicht in Betrieb, und ich hoffe, dass sie nicht wieder in Betrieb gehen. Zum anderen ist auch die Reaktion der Ministerin, künftig die Kontrolle mit 20 zusätzlichen Mitarbeitern vertieft im Blick zu behalten,

(Gisela Sengl (GRÜNE): Das hätte man schon vorher wissen können! – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

ein Ansatz, der mit Sicherheit erfolgreich sein wird.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Dieser Betrieb war bekannt! Pohlmann war bekannt!)

Andere Lösungen, wie sie der Kollege Beißwenger angesprochen hat, dass man vielleicht gerade in solchen Fällen die Kontrolleure in kürzeren Wechseln einsetzt, sind mit Sicherheit auch sinnvoll.

Meine Damen und Herren, wir sind uns ja einig. Ich denke, wir sollten bei all dem nicht vergessen, dass wir die Käfighaltung möglichst schnell beenden wollen, dass wir andere Formen der Legehennenhaltung wollen, dass wir dabei kleinere Strukturen erreichen wollen. Nur: Ich habe mir vor einigen Tagen – das gebe ich wirklich zu bedenken – sagen lassen, dass beispielsweise in Hamburg jeden Tag 40.000 Hähnchen verzehrt werden. Das bedeutet: Wie erzeugen wir Hähnchen, wie erzeugen wir in Zukunft Eier in kleineren Einheiten? Das ist eine Herausforderung. Wir wissen, dass die großen

Einheiten nicht funktionieren; aber wer sich vorzustellen versucht, wie wir mit kleinen Einheiten die Versorgung sichern sollen, braucht einiges an Fantasie.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Nochmals: Ich bitte wirklich darum, jetzt die Ermittlungen des Staatsanwalts und des Sonderermittlers zu unterstützen. Der Oberste Rechnungshof wird in vielen Fällen als sehr kompetent erachtet. Bitte vertrauen Sie darauf, dass er nicht einfach ins Blaue marschiert, sondern sehr wohl eine Struktur und Strategie hat, das Ganze anzugehen, damit wir im Januar die Ergebnisse erhalten können. Ich möchte meinen Kollegen aus dem Umweltausschuss Folgendes ans Herz legen: Wir können, wenn wir uns in den nächsten Tagen wieder treffen, nur mutmaßen. Insofern bitte ich darum: Lasst uns abwarten.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Das ist ja das Schlimme! – Florian von Brunn (SPD): Woran liegt denn das?)

– Das ist das Schöne, ja.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Das Schlimme! Nicht das Schöne!)

- Ich habe "das Schöne" verstanden. Das wäre dann vielleicht zu verstehen gewesen. – Ich bitte Sie abzuwarten. Ich versichere noch einmal vonseiten der Umwelt- und Verbraucherschutzpolitiker in unserer Fraktion: Wir können kein Interesse daran haben, dass so etwas wieder vorkommt. Wir können es nicht ausschließen, aber wir wollen alles tun, um zusammen mit unserer Ministerin entsprechende Maßnahmen zu treffen. Das kann ich Ihnen versprechen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte verbleiben Sie am Rednerpult. – Danke schön. Zwischenbemerkung: der Herr Kollege Magerl.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Kollege Hünnerkopf, Sie haben jetzt in einer für mich fast schon entsetzlichen Weise die ganze Angelegenheit bagatellisiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

So kann man mit einem Skandal, bei dem es Tote gegeben hat – wir haben es jetzt mit einer anderen Dimension als seinerzeit bei Müller-Brot zu tun –, nicht umgehen, wo offensichtlich ein Amtsveterinär mit hoher krimineller Energie beteiligt war. Das kann man den Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht antun.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Mich entsetzt heute wieder, und diese Frage stelle ich schon: Was hat denn das Ministerium und dabei in der meisten Zeit die Ministerin und davor der Staatsminister Huber zwischen dem Entdecken dieses Falls und dem 4. Dezember, als der Amtsveterinär aufgeflogen ist, getan? Offensichtlich den Herrgott einen frommen Mann sein lassen! Wenn ich mir das vorstelle: Dem Amtsveterinär werden 40 Fälle der Beihilfe zur Körperverletzung und 486 Fälle der Beihilfe zum gewerbsmäßigen Betrug vorgeworfen. Und das merkt niemand in den Behörden! Haben wir jetzt plötzlich rechtsfreie Räume in Bayern? Ich muss doch, wenn ich mit einer Firma wie Pohlmann zu tun habe, auch bei meinen eigenen Leuten schauen: Wie konnte es dazu kommen? Haben die wirklich kontrolliert? Denjenigen bestelle ich mal in das Ministerium oder in die Regierung ein und frage ihn: Ist denn da etwas gelaufen? Ich meine, 486 Fälle, das muss doch fast täglich gewesen sein. Dazu wollen wir eine Auskunft haben. Wir wollen nicht warten, bis der ORH irgendwann einmal etwas ermittelt. Das geht dann bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Es wird noch gegen weitere Personen ermittelt. Ich möchte, dass hier endlich intern in der Behörde aufgeklärt wird,

(Florian von Brunn (SPD): Substanz!)

und ich möchte, dass man nicht immer sagt: externer Ermittler und Staatsanwalt. Es ist eine Bankrotterklärung, wenn ich einen externen Ermittler brauche.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Lieber Kollege Magerl, ich wollte hier keineswegs bagatellisieren. Wir kennen uns. Ich habe das in einer ersten Formulierung vielleicht etwas missverständlich dargestellt. Ich habe es anschließend wirklich zurechtgerückt. Natürlich kann niemand wollen, dass so etwas passiert. Sie können sich vorstellen, dass es auch uns unwahrscheinlich zusetzt, dass so etwas passiert ist. Gut, wir tragen die Verantwortung mit. Wir sind in einer anderen Situation.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Eben! – Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Deswegen müssen Sie etwas tun!)

- Ja, Sie unterstellen, dass hier nichts getan wird.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ganz genau, und zwar ein Jahr lang! Nichts!)

- Herr Kollege Pfaffmann, wenn ich einen Aspekt habe, dann kann ich natürlich sofort darauf reagieren.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Natürlich, was denn sonst?)

Aber wir warten ab,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist genau das Problem! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist das Problem!)

bis wir alle Facetten, die es hier zu bedenken gibt, zur Verfügung haben. Das ist eben erst der Fall, wenn wir vom Staatsanwalt die Schwachpunkte mit aufgezeigt bekommen haben. Wir sind bisher der Auffassung, dass das genügt, und müssen feststellen, dass es nicht geht.

Aber ich sage es noch einmal: Es geht nicht, wenn kriminelle Machenschaften im Spiel sind. Das kann niemand ausschließen. Das kann man mit noch so guten Regelungen nicht ausschließen. Was dann noch an Defiziten bleibt, das lasst uns analysieren. Ich

sehe diese großen Punkte nicht. Wir haben ja einiges angesprochen, was schon in Erwägung gezogen ist, auch in Ihrem Interesse. Und wenn es nicht 40, sondern 20 Ermittler sind: Sie müssen davon ausgehen, dass die Ermittler tagtäglich beschäftigt werden müssen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Da gibt es in Bayern genügend zu tun!)

Wir haben nicht so viele Großanlagen, dass die Ermittler ständig unterwegs sein könnten. Das hat alles seinen Sinn. Wir haben das bedacht. Ich glaube, dass uns hier auch 20 neue Stellen gewaltig nach vorne bringen. Nochmal: Schnellschüsse helfen uns hier nicht. Wir müssen in dieser Situation sorgfältig nachdenken und Konsequenzen daraus ziehen.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ein Jahr Zeit gewesen!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt noch eine Zwischenbemerkung: der Kollege Scheuenstuhl. Bitte.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Kollege Hünnerkopf, ich bin etwas überrascht.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wie immer!)

Ich lasse mich von der CSU gerne überraschen, aber ich wäre froh, wenn es einmal eine positive Überraschung wäre und keine negative.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Die Zeit des Abwartens, Kollege Hünnerkopf, wie es gerade von Ihnen genannt worden ist, ist eigentlich vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Es ist die Zeit des Handelns, nicht des Abwartens. Bei einer Million Eier am Tag – ich mache es einmal ganz einfach – sind das in zehn Tagen 10 Millionen Eier. 1,2 Millio-

nen Hennen in einem Betrieb, das ist eine Riesenzahl. Und diese Zahl – das darf ich jetzt nebenbei noch erwähnen – ist natürlich nur möglich, weil die Käfighaltung noch zulässig ist; sonst könnte man so viele Hennen überhaupt nicht am Boden halten.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in der indirekten Anhörung, in der Sondersitzung des Ausschusses, Nebelkerzen geworfen, Frau Ministerin: Alles ist in Ordnung in Bayern, alles passt. – Wie lange hören wir das noch? – Über ein Jahr lang warten wir darauf, dass Sie endlich handeln. Jetzt, nach einem Jahr, nachdem sich der Staatsanwalt eingeschaltet hat, kommt es endlich dazu, dass es einen Sonderermittler gibt. Die 40 von Ihnen versprochenen Stellen wurden auf 20 reduziert. Wahrscheinlich waren die anderen 20 überflüssig. Unternehmen Sie doch einmal etwas, damit Sie 20 weitere kriegen! Was muss denn noch passieren? – Wenn wir im Ausschuss nicht Dampf gemacht hätten, was wäre denn dann passiert? Was wäre passiert, wenn wir nicht unseren Florian von Brunn hätten und die Presse und den Rundfunk, die hier zusammen Dampf gemacht haben? – Nichts wäre passiert. Gar nichts hättet ihr gemacht.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Lieber Herr Kollege, was ist denn im Grunde genommen seit dem Sommer neu dazugekommen? Was ist neu dazugekommen? Dass ein Veterinär kriminell gehandelt hat.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Ich habe doch im Ausschuss gesagt, dass etwas nicht stimmt! Ihr habt nichts gemacht! Ausgelacht habt ihr mich!)

– Moment. Sehen Sie einem Menschen an den Augen an, ob er lügt und kriminell handelt? – Wenn wir diese Fähigkeit gehabt hätten, dann hätten wir eher etwas dazu sagen können.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Wo ist die Dienstaufsicht?)

Es ist so, dass diese wesentliche Erkenntnis oder Information hinzugekommen ist.

Wir haben bereits Fakten geschaffen: 20 Ermittler – Entschuldigung –, 20 Mitarbeiter beim LGL sollen speziell hier eingreifen und überwachen. Das ist, glaube ich, schon ganz wesentlich. Wir werden auch überlegen,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

welche Verbesserungen in Verbindung mit den Landratsämtern noch erreicht werden müssen. Das kann man aber jetzt nicht abschließen und sagen, jetzt wissen wir alles, wenn noch zusätzliche Ermittlungen stattfinden und wir nicht wissen, was dann noch dazukommt und bedacht werden muss. Insofern geht hier Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Damit müssen Sie einfach leben.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt darf ich noch einmal Frau Staatsministerin Scharf das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Hitze und mit Schaum vorm Mund und mit Polemik kommen wir in diesem Fall nicht weiter.

(Beifall bei der CSU – Lebhafter Widerspruch bei der SPD – Harry Scheuenstuhl (SPD): Und mit Untätigkeit kommen wir noch weniger weit! – Dr. Paul Wengert (SPD): Sie reden sich um Kopf um Kragen!)

Die Staatsanwaltschaft ermittelt in diesem Fall. Wir wissen seit 4. Dezember, dass ein Veterinär, ein Kontrolleur in Untersuchungshaft sitzt. Ich habe dazu umgehend umfassend informiert. Wir geben jetzt ein Sondergutachten beim ORH in Auftrag.

Frau Kollegin Steinberger, ich wundere mich schon über Ihr seltsames Verständnis von Unabhängigkeit. Entscheidend ist doch, dass wir jemanden haben, der staatliche Organisation kennt und in diesem Sondergutachten genau hinschaut, um festzustel-

len, ob wir in der Struktur unserer Lebensmittelüberwachung künftig etwas ändern müssen.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Herr von Brunn, Ihr bestelltes Gutachten, dieses Ergebnis, kennen wir; es war für uns nicht überraschend. Aber es ist nicht redlich und nicht angemessen, dass Sie hier zwei Dinge miteinander vermischen. Wir haben auf der einen Seite die generelle Frage, wie Behörden auf Salmonellenbefunde reagieren und damit umgehen. Wir haben auf der anderen Seite aber kriminelles Handeln. Für kriminelles Handeln bei Behörden ist überhaupt kein Platz. Da wird jetzt ermittelt. Ich bitte Sie, gegenüber den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen den nötigen Respekt aufzubringen. Das gehört auch dazu.

Wenn Sie sagen, ich hätte nicht informiert, nicht aufgeklärt, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann ich erwidern: Ich war zweimal im Ausschuss, ich habe hier auch schon einmal im Landtag berichtet. Dieser Vorwurf ist einfach haltlos.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das ist doch alles beschönigend!)

Sie fragen, was in der Zwischenzeit passiert ist: Wir haben im Nachtragshaushalt 20 zusätzliche Stellen für die Spezialeinheit in der Lebensmittelsicherheit ausgehandelt. Das war mein Vorschlag. Wenn Sie das Protokoll lesen, werden Sie feststellen, dass das immer unter Vorbehalt des Haushalts und der Zustimmung steht. Hier geht es nicht um Schuldzuweisung, sondern hier geht es darum, die Spezialeinheit so auszustatten, dass sie diese Großgeflügelbetriebe in ihrer Komplexität auch kontrollieren kann.

Sie sagen, es sei nichts passiert; das ist nicht richtig. Ich habe ein Drei-Säulen-Programm vorgestellt, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem klar ist: Wir müssen die Kontrollen intensivieren, wir müssen die Eigenkontrollen begleiten, wir brauchen unbe-

dingt bessere Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher im Umgang mit tierischen Lebensmitteln.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir wissen ganz genau, auch aus Umfragen, dass den Menschen heute nicht bewusst ist, wie man mit Lebensmitteln richtig umgeht.

(Zuruf: Mit Eiern?)

Wir wollen vor allen Dingen auch darauf hinwirken, dass das Vertrauen in unsere Kontrollbehörden wieder gestärkt und vor allen Dingen wieder hergestellt wird.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin, bitte verbleiben Sie am Rednerpult. – Zwischenbemerkung: Herr Kollege Rinderspacher, bitte.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrte Frau Ministerin, Herr Kollege Dr. Hünnerkopf hat sein Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, dass das eine menschlich tragische Geschichte ist. Er hat auch davon gesprochen: Wir tragen dafür die politische Verantwortung. – Herr Kollege Dr. Hünnerkopf, ich finde, Ihre Einlassung verdient Respekt. Eine solche Einlassung hätte ich mir auch von Ihnen gewünscht, Frau Ministerin. Stattdessen gehen Sie heute mit Eiseskälte und mit einer einzigartigen Schnoddrigkeit über die Dinge hinweg, dass man sich die Frage stellen muss: Sind Sie denn bereit, das anzuerkennen, was Ihr Kollege gesagt hat, dass es auch eine politische Verantwortung gibt? Sind Sie auch dazu bereit, diese politische Verantwortung zu tragen und mit letzter Konsequenz zu übernehmen, Frau Ministerin?

(Beifall bei der SPD)

Ich habe den Eindruck, dass mit Ihren Einlassungen eine Verbraucherschutzkrise zu einer handfesten Staatsaffäre wird; Sie provozieren geradezu einen Untersuchungsausschuss, und Sie provozieren weitere Spekulationen auch über die Weihnachtspau-

se. – Das gilt im Übrigen auch für Ihre Rolle, Herr Staatsminister Huber. Ich finde, Sie sollten heute hier Rede und Antwort stehen.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, erwarten Sie's, der Herr Staatsminister hat sich schon gemeldet.

Markus Rinderspacher (SPD): – Wunderbar. Sie sind am 14. August darüber informiert worden. Aus dem Gutachten eines der renommiertesten Lebensmittelrechtlers der Bundesrepublik Deutschland geht hervor: Hätte die Staatsregierung früher gehandelt, hätte sie früher informiert, hätte sie die Eier aus dem Verkehr gezogen, dann hätte möglicherweise ein Todesfall vermieden werden können. – Ein harter Vorwurf. Deshalb wollen wir wissen: Was ist am 14. August besprochen worden? Was waren die unmittelbaren Konsequenzen? Warum haben Sie, Herr Staatsminister, damals nicht gehandelt? Warum haben Sie gezögert? Wie bewerten Sie den Sachverhalt heute?

Dass wir heute im Hohen Hause erneut diskutieren müssen, ist doch darauf zurückzuführen, dass Sie die klassische Salamitaktik, wie das häufig in Affären der Fall ist, wieder anwenden: Da ein bisschen was aufklären, dort auf einen Hinweis reagieren. – Frau Ministerin, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, die Staatsanwaltschaft wurde durch die Presse, durch die Journalisten, informiert, nicht durch das Handeln Ihrer Regierung oder Ihres Hauses. Das hätten wir erwartet, dass Sie entsprechend aufklären und den Staatsanwalt informieren und nicht der investigative Journalismus.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Noch einmal an Sie die Frage, weil meine Zeit zu Ende geht: Sind Sie dazu bereit, dafür die politische Verantwortung zu übernehmen und auch die notwendigen Konsequenzen daraus zu tragen?

(Beifall bei der SPD)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Herr Rinderspacher, ich empfehle Ihnen, die Protokolle der Ausschusssitzungen zu lesen,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nichts als Empfehlungen!)

dann wissen Sie, was ich dazu gesagt habe, erstens.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das haben die Mitarbeiter gesagt! – Zuruf von der CSU: Lassen Sie sie doch ausreden!)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt lassen Sie die Frau Staatsministerin bitte ausreden. Bitte.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Ich glaube, dass Polemik nicht angebracht ist, lieber Herr Rinderspacher. Sie bringen eine Schärfe und eine Hitze in diese Diskussion, die uns nicht weiterhilft. Ich sage Ihnen noch einmal: Dem Betrieb Bayern-Ei wurde am 7. August der Vertrieb von Eiern als Lebensmittel verboten und untersagt. Der Stall ist mittlerweile leer, es gibt dort keine Produktion mehr; der Geschäftsführer sitzt in Untersuchungshaft. Seit letzter Woche wissen wir durch staatsanwaltschaftliche Ermittlungen, dass ein Tierarzt manipuliert hat, dass die Vorwürfe so massiv sind, dass auch dieser in Untersuchungshaft sitzt. Hören Sie endlich damit auf, die Dinge zu vermengen!Einen Vorfall, den wir vielfach aufgeklärt haben, und eine aktuelle Tatsache, nämlich die Festnahme eines Tierarztes, miteinander zu vermengen, ist einfach unredlich und nicht angemessen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin, bitte verbleiben Sie noch am Rednerpult für eine Zwischenbemerkung. - Frau Kollegin Steinberger.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Staatsministerin, Sie sagen, dass wir die Protokolle der Ausschusssitzungen lesen müssen. Aber damit werden wir leider nicht viel weiter kommen; denn da steht von Ihrer Seite nicht viel mehr drin

(Harry Scheuenstuhl (SPD): So ist es!)

als Abwiegeln und die Aussage, alles sei nach Recht und Gesetz passiert, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten alles richtig gemacht.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Ja, so ist es!)

Also wenn Sie sich darauf berufen, dann kommen wir nicht weiter.

Ich möchte noch zwei Anmerkungen machen, weil Sie mich persönlich angesprochen haben. Ich habe nie die Unabhängigkeit des Obersten Rechnungshofes bezweifelt. Da haben Sie etwas falsch verstanden. – Und zu den 20 zusätzlichen Stellen für das LGL, das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, also insgesamt 40: Wir haben Sie hier unterstützt. Wir haben den Antrag gestellt. Die CSU-Fraktion hat Sie da im Stich gelassen. Das muss man einmal klar sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Vielleicht können Sie noch die folgende Frage beantworten. Man weiß, dass Herr Pohlmann schon vorbelastet ist. Eigentlich müsste man auf seine Betriebe ein besonderes Augenmerk legen, was aber nicht passiert ist. Sie haben am 4. Dezember erfahren, dass die Staatsanwaltschaft eingeschritten ist und einen Amtsveterinär inhaftiert hat. Was haben Sie denn vom Ministerium aus gemacht? Gab es daraufhin eine behördeninterne Ermittlung? Haben Sie sich sofort die Leute geholt, die in diesen Behörden arbeiten? Man kann ja nicht immer nur darauf warten, dass die Staatsanwaltschaft alles aufdeckt; man muss doch die erste Ermittlung behördenintern machen. Haben Sie das gemacht? Und was haben Sie da gemacht? Das möchte ich gerne noch hören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Frau Steinberger, wenn Sie vorhin zugehört haben, dann wissen Sie: Als ganz klare Maßnahme sind die sofortige

Suspendierung dieses Amtstierarztes und die Entbindung einer weiteren Person bei der Regierung von Niederbayern von ihren Aufgaben erfolgt. Sie verwechseln hier immer staatsanwaltschaftliche Ermittlungen und staatsanwaltschaftliches Handeln und Lebensmittelkontrolle des LGL. Das ist nicht angemessen.

(Beifall bei der CSU – Harry Scheuenstuhl (SPD): Sie hätten dem zuvorkommen müssen, Frau Ministerin! Sie müssen doch schneller sein als die Staatsanwaltschaft! – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Ab ins Kloster! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Gantzer, den Zwischenruf habe ich schon mal gehört; den sollten Sie bitte nicht mehr bringen. Er weckt in mir zu viele Erinnerungen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist aber die Wahrheit!)

Ich sage nachher in meinen Schlussbemerkungen etwas dazu. - Jetzt darf ich das Wort Herrn Staatsminister Dr. Huber erteilen. – Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem ich direkt angesprochen worden bin, will ich das Wort natürlich ergreifen. Heute geht es schließlich auch um einen gravierenden Tatbestand – ex post betrachtet. Wenn wir hier und heute, am 10. Dezember 2015, retrospektiv betrachten, was hier alles abgegangen ist, kann man das nicht verharmlosen; das ist wirklich ein gravierender Vorgang.

Aber Sie sprachen mich ganz konkret zu einem 14. August an. Dazu will ich Ihnen gerne Auskunft geben. Ich will jetzt nicht übertreiben, aber ich rechne mal mit so 10.000 bis 15.000 Vorgängen, die im Jahr so durch meine Hände gehen. Ich habe selbst keinen Einblick in die betreffenden Akten mehr – natürlich, nachdem ich seit fast eineinhalb Jahren in einem anderen Haus bin. Ich werde Ihnen in geeigneter Form detailliert Auskunft geben, wenn ich mir diese Akten besorgt habe. Heute bin ich nicht in

der Lage, zu sagen, was ich wo auf welchem Papier notiert habe. Auf jeden Fall – das ist in meiner Erinnerung noch hängen geblieben – hat es damals keinen großen Aufschlag gegeben; denn es war eine Meldung, dass es in einem Betrieb Salmonellenbefunde gegeben hat, wie sie täglich vorkommen. Man konnte damals sicherlich noch nicht erkennen, was daraus werden sollte. Das alles wissen wir heute besser, und ich möchte Sie bitten, diese Dinge nicht alle durcheinander zu werfen: Erstens haben wir ein staatsanwaltschaftlich verfolgtes, kriminelles Fehlverhalten. Zweitens haben wir eine Bewertung des Vorgehens von vor einem oder eineinhalb Jahren und der Frage, ob die Lebensmittel-Jurisprudenz dieses Landes eine richtige Bewertung abgegeben hat oder ob das externe Gutachten in Bezug auf Auslegung des Europarechts etwas anderes eingefordert hätte. Drittens haben wir – und das ist entscheidend - -

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): - eine politische Verantwortung!)

- Darüber werden wir reden, wenn wir sehen, ob tatsächlich Fehlverhalten vorgelegen hat. – Die eigentliche Neuigkeit, über die wir heute hier gesprochen haben, ist – darauf sind alle Redner eingegangen -, dass wir erkannt haben, dass wir vor einer neuen Situation stehen. Bisher hat die Staatsregierung die Tätigkeit ihrer Kontrolleure immer darauf ausgerichtet, externe Dritte zu kontrollieren und zu prüfen, ob die irgendetwas falsch machen: Erzeuger, Verarbeiter, Händler. Jetzt haben wir seit ein paar Tagen die Situation, dass der Verdacht besteht, dass auch Kontrolleure kriminell waren. Mit dieser neuen Situation müssen wir umgehen und fragen, wie wir sicherstellen können, dass auch so etwas erkannt wird. Das ist eine organisatorische Frage, die man am besten von einem Externen beleuchten lässt; denn wenn ein Interner das prüfen würde, würden Sie es natürlich anzweifeln. Der Rechnungshof ist eine externe Stelle, die zudem etwas von Organisation versteht. Wir wollen, wenn wir die Erkenntnisse haben, was man zukünftig machen soll, um so kriminelles Fehlverhalten eigener Leute rechtzeitig zu erkennen, überlegen, welche Konsequenzen wir daraus ziehen müssen und was wir in der Organisation der Überwachung ändern müssen. Diese Arbeit steht jetzt an. – Den Bericht, den Sie wollen, bekommen Sie.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön, Herr Staatsminister, dafür, dass Sie gleich noch einmal zurückkamen. - Herr Kollege Rinderspacher, bitte.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Staatsminister, in den vergangenen Wochen war ja immer wieder zu lesen, dass die Affäre Bayern-Ei auch im Kabinett intensiv behandelt worden sei. Wir sind heute ein Stück weit davon überrascht, dass Sie sagen, dass Sie zu maßgeblichen Vorgängen im August 2014 heute hier nicht Stellung beziehen können. Wir respektieren das, und wir sagen auch: Wir werden Ihren Bericht mit großem Interesse zur Kenntnis nehmen. Aber gestatten Sie mir doch die Zwischenbemerkung, dass wir etwas überrascht sind. Ja, Sie haben mit 10.000 bis 15.000 Vorgängen im Jahr zu tun. Aber uns verblüfft dann doch ein Stück weit, dass Sie jetzt, in der letzten Sitzung vor Weihnachten, zu Protokoll geben, dass Sie zu den entscheidenden Tagen im August 2014 heute überhaupt keinen Beitrag zur Aufklärung leisten können, obwohl sich das Kabinett und die gesamte Staatsregierung offensichtlich auf schriftliche Berichte der Umweltministerin berufen, die sich mit diesem Vorgang befasst hat. Umso mehr sind Sie aufgefordert, uns den Bericht jetzt unmittelbar, am besten noch in der nächsten Woche, vorzulegen. Er ist überfällig, und ich halte es auch für etwas problematisch, dass Sie heute nicht im Geringsten dazu in der Lage sind, uns trotz der Aufklärungsprozesse innerhalb der Staatsregierung Hinweise zu geben, wie es damals wirklich gelaufen ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Frau Steinberger, ist das eine Wortmeldung oder eine Meldung für eine Zwischenbemerkung? – Eine Wortmeldung. Gut. Wer ist jetzt mit der Zwischenbemerkung dran? – Frau Kollegin Sengl. Herr Staatsminister, darf ich Sie noch mal bitten? – Danke schön. – Ich gebe bekannt, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt hat. - Frau Kollegin, bitte.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Staatsminister, Ihre Erklärung ist genauso dürftig wie die der Staatsministerin Scharf. Das ist wirklich lächerlich. Man hat sein Ministerium nicht im Griff, wenn einem so was unter 1.000 Fällen passiert; ich weiß nicht, wie viele Fälle Sie zu bearbeiten haben. Wenn man es mit einer Firma wie der von Herrn Pohlmann zu tun hat, weiß man, dass sie alles andere als unbescholten ist. Wenn hier ein Salmonellenbefund auftaucht, müssen die Alarmglocken schrillen, und zwar im ganzen Ministerium.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Darüber können Sie heute mit der Erfahrung der Dinge, die inzwischen waren, sicherlich sehr überzeugt sprechen. Aber – wann war das? – am 14. August des letzten Jahres war das in dieser Form noch nicht gegeben.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das müssen Sie doch heute wissen, Herr Huber! Sie können doch nicht blank sein bei einer solchen Sitzung, bei allem Respekt! – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Was sagt eigentlich der Ministerpräsident dazu? – Das ist doch unglaublich!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, der Herr Staatsminister hat doch zugesagt, dass er sehr schnell einen Bericht abgibt.

(Thomas Kreuzer (CSU): Jetzt hört doch einmal auf, das ist doch lachhaft, eine Skandalisierung ohnegleichen! Das ist ja ein Witz!)

Der Herr Staatsminister Huber hat zugesagt, dass das Hohe Haus einen Bericht bekommt. Darum bitte ich, dass wir uns heute darauf verständigen können. - Jetzt fahre ich in der Liste der Wortmeldungen weiter; Herr Kollege von Brunn steht als Nächster darauf. Bitte, Herr Kollege.

Florian von Brunn (SPD): Frau Staatsministerin Scharf, Sie haben gerade dazu aufgerufen, hier nicht mehr polemisch zu argumentieren. Ich erinnere mich gut an eine

Sitzung unseres Ausschusses zu diesem Thema. Damals haben Sie Mitarbeiter Ihres Hauses damit beauftragt, meine Webseite zu kontrollieren. Diese haben ein Foto mit einem nicht aus Bayern stammenden Huhn zu einem Artikel zu diesem Thema gefunden. Das wurde mir dann im Ausschuss vorgehalten. Das ist die Art, wie Sie mit diesem Thema umgegangen sind. Dafür verschwenden Sie Personalressourcen, anstatt die Leute in Ihrem Ministerium mit der Sachaufklärung zu beschäftigen.

(Beifall bei der SPD)

Sie und Ihr Haus beschweren sich darüber, dass Sie von uns in dieser Sache eine Vielzahl von Anfragen bekommen haben. Ja, wir müssen Ihnen alles aus der Nase ziehen. Wir machen aber trotzdem unseren Job, die Regierung zu kontrollieren. Hier wird es offenbar, dass das mehr als notwendig ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe Sie vorhin davor gewarnt, jetzt alles auf eine individuelle Person abzuwälzen. Sie mauern, Sie blocken ab, Sie verzögern, und Sie desinformieren seit Monaten, auch im Ausschuss. Jetzt suchen Sie Ihr Heil in einem Bauernopfer.

Ich kann es nicht stehen lassen, wie Sie unser Gutachten abgetan haben. Hier geht es um ganz konkrete Punkte: Wieso dauert es so lange, mindestens sechs Wochen, bis Regelproben ausgewertet sind? Zu diesem Zeitpunkt kann man nichts mehr unternehmen, nicht einmal einen Rückruf durchführen; denn die Eier sind längst verkauft, in der Pfanne gelandet und aufgegessen. Eine präventive Wirkung entsteht dadurch nicht, weil der Unternehmer die Ware nicht mehr zurückrufen kann und ihm dadurch auch keine Kosten entstehen. Sie müssten einmal klar sagen, wie Sie es in Zukunft halten wollen. Dazu haben wir kein Wort gehört. Wie sieht es in solchen Fällen mit Lebensmittelwarnungen und mit der Information der Öffentlichkeit aus? Das ist der Punkt.

Die Bayerische Staatsregierung hat nicht dafür gesorgt, dass die Öffentlichkeit gewarnt wird, und sie hat nicht die richtigen Maßnahmen ergriffen. Das ist nicht das Ver-

schulden dieses einzelnen Tierarztes; oder soll dieser Mann jetzt auch dafür verantwortlich sein?

(Beifall bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist die politische Verantwortung!)

Herr Staatsminister Dr. Huber, unser Fraktionsvorsitzender hat gesagt, dass wir Sie beim Wort nehmen werden und auf Ihre Informationen warten. Eines möchte ich jetzt noch sachlich hinzufügen: Seit Mitte Juli 2014 sind Meldungen aus dem Europäischen Schnellwarnsystem eingelaufen. Andere europäische Länder haben diese Warnungen sehr ernst genommen. Jetzt erzählen Sie uns, über Ihren Schreibtisch würden jährlich über 15.000 Vorgänge gehen; Sie könnten sich nicht mehr an jeden einzelnen erinnern. Sie haben ein Problem in Ihrem Haus, wenn die zahlreichen Warnungen aus dem Europäischen Schnellwarnsystem wegen eines europaweiten Salmonellenausbruchs so weit unten rangieren.

(Beifall bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es!)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Herr Kollege Aiwanger hat um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir FREIEN WÄHLER haben dieses Thema von Anfang an sehr fair begleitet und gesagt: Klärt erst einmal auf. Wir wollten nicht zu schnell mit Schuldvorwürfen in die Arena steigen. Was sich aber in den letzten Wochen aufgebaut hat und sich auch heute hier abzeichnet, spottet jeder Beschreibung. Meine Damen und Herren, so können Sie nicht weitermachen. Die CSU ist dabei, den Agrarstandort Bayern und den guten Ruf Bayerns zu beschädigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Agrarminister Brunner, wir sind einmal als "Feinkostladen Europas" losmarschiert. Jetzt sind wir bei einem Kabinett der faulen Eier angekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Aiwanger, muss das sein?

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der Redner der CSU, Herr Hünnerkopf, hat gesagt, es komme auch woanders einmal vor, dass es Tote gibt.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das hat er nicht gesagt!)

Er hat sich nichts dabei gedacht, als es hieß, die Ereignisse wären schon im Jahr 2014 gewesen, aber man hätte das nicht mehr so im Kopf gehabt. Die Firma Pohlmann, die mit Sicherheit kein unbeschriebenes Blatt ist, deckt die Eierproduktion in Bayern mit 25, 30 oder 40 % ab. Darauf müssen wir ein sehr viel größeres Augenmerk richten. Wir dürfen uns nicht damit zufriedengeben, dass die Kontrolleure vor Ort schon funktionieren würden und dass ein Großteil der bayerischen Eierproduktion eventuell durch einen korrupten Veterinär ins Gute oder ins Negative gesteuert werden kann. Es ist fahrlässig, wie Sie mit dem Agrarstandort Bayern umgehen. Das muss ich hier so feststellen.

Meine Damen und Herren, wir fordern hier volle Aufklärung. Diese Aufklärung müsste längst ein paar Schritte weiter sein als bei der Feststellung, dass wir Ende Januar wieder einen Bericht bekommen, bei dem wieder ein paar Zeilen, juristisch geprüft, verlesen werden. Sie verspielen hier sehr viel. Sie verspielen das, wofür viele kleine, mittelständische und in der bäuerlichen Landwirtschaft Tätige seit Jahrzehnten arbeiten, nämlich eine Qualitätsproduktion für den Ruf Bayerns nach außen. Diese Qualitätsproduktion wird hier durch stümperhaftes Regierungshandeln in wenigen Wochen beschädigt. Das Wort "Bayern-Ei" wird wahrscheinlich für längere Zeit als Volksbelustigung außerhalb Bayerns in die Annalen eingehen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Qualität aus Bayern!)

Wenn Sie unter dieses Theater nicht sofort einen Schlussstrich ziehen, wird man bei diesem Thema über Bayern spotten wie seinerzeit bei der Landesbank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich erlaube mir in diesem Zusammenhang, auch die anderen Sünden der CSU-Agrarpolitik in den letzten Monaten zu benennen: Die CSU hat sich im Agrarausschuss ablehnend zur Übernahme von "Tengelmann" durch "EDEKA" positioniert, wohl wissend, dass die Entscheidung im Wirtschaftsausschuss getroffen wird, wo dieser Übernahme zugestimmt wurde. Gegen den Willen der bäuerlichen Landwirtschaft wurde damit eine Marktkonzentration durchgedrückt. Für das "Bayerische Landwirtschaftliche Wochenblatt" wurde jedoch so getan, als ob die CSU an der Seite der Bauern stünde. Meine Damen und Herren, was Sie hier abziehen, ist mindestens politische Bauernfängerei, wenn nicht politischer Betrug!

(Josef Zellmeier (CSU): Unsinn!)

- Das ist kein Unsinn. In einem Ausschuss wurde den Landwirten erklärt: Nein, nein, die Fusion wollen wir nicht. - Im Wirtschaftsausschuss, der die Federführung hat, wurde die Fusion jedoch unterstützt. Das ist Bauernfängerei in Reinkultur. Das beherrschen Sie ja sehr gut.

(Josef Zellmeier (CSU): In der CSU herrscht Meinungsfreiheit, im Gegensatz zu Ihrer Partei!)

Meine Damen und Herren, ich komme damit auf TTIP. Auch dort marschieren Sie vorne mit.

(Widerspruch bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Reden Sie einmal zur Sache! Das ist unglaublich!)

Bei genauerem Hinsehen merkt doch heute jeder, dass Sie mit Ihrem Pro-TTIP-Kurs all das noch verschärfen, was wir ohnehin kaum noch im Griff haben. Sie sind nicht mehr in der Lage, die Produkte in Bayern zu kontrollieren, und wollen noch mehr Agrarimporte aus Amerika. Da ist dann gewiss der richtige Stempel drauf, wenn wir uns darauf verlassen.

(Zuruf von der CSU: Sie haben keine Ahnung!)

Meine Damen und Herren, mit dieser Agrarpolitik kommen wir nicht mehr weiter. Wir FREIEN WÄHLER fordern eine stärkere bäuerliche und mittelständische Sicht. Herr Brunner, ich würde mir wünschen, dazu von Ihnen ein paar Takte zu hören. Ich glaube, es ist an der Zeit, zu begreifen, worum es hier geht. Es geht um den Agrarstandort Bayern. Eine frische Frau Ministerin ist hier vielleicht etwas überfordert.

(Thomas Kreuzer (CSU): Es wird Zeit, dass Sie unter 5 % rutschen! Das ist ja nicht mehr mit anzuhören!)

Ich werfe ihr das gar nicht vor. Ich werfe das eher den alten Hasen vor. Vielleicht hat man hier einer jungen Ministerin, die gar nicht gewusst hat, wie ihr geschieht, ein paar faule Eier untergeschoben, damit Sie sie ausbrütet und andere in Deckung gehen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der CSU: Das ist frauenfeindlich! – Josef Zellmeier (CSU): Billigste Propaganda!)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt sind wir mittendrin. – Es wäre schön, wenn wir in unserer lebendigen Debatte ein bisschen auf die Inhalte achten würden.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Steinberger, bitte.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Ich möchte vom agrarpolitischen Exkurs des Herrn Kollegen Aiwanger wieder zurück zum Bayern-Ei-Skandal kommen. Wenn wir diesen Skandal nicht so bald wie möglich aufklären, wird er zur größten Beschädigung der Marke "Bayern" führen, die wir seit Langem hier erlebt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn ich es richtig verstanden habe, fordert die CSU-Fraktion, dass wir Ruhe geben und uns nicht mehr mit dem Thema Bayern-Ei beschäftigen sollen. Wir wären daran schuld.

(Josef Zellmeier (CSU): Sie wissen anscheinend schon mehr als alle anderen!)

Daran ist jemand anderes schuld, bestimmt nicht wir. Herr Staatsminister Dr. Huber hat gesagt, er könnte sich nicht mehr an alles erinnern, es wäre schon sehr lange her. Ich verstehe das. Ich glaube aber nicht, dass das, was im Juli/August 2014 im Verbraucherschutzministerium passiert ist, alltäglich ist.

(Markus Rinderspacher (SPD): Er wusste doch, dass er heute befragt wird!)

Im Europäischen Schnellwarnsystem gehen die Warnungen der Länder ein. Diese Warnungen gehen natürlich auch an das LGL und an das Ministerium.Nur zur Erinnerung: 10.07. - eine Warnung aus Frankreich; 10.07. - wieder eine Warnung aus Frankreich: lebensmittelbedingter Ausbruch durch Roh-Ei; 17.07. - Salmonella wurde nachgewiesen; 01.08. - vermutlich lebensmittelbedingter Ausbruch in Frankreich durch Mayonnaise; dann eine Nachricht aus Österreich am 31.07. - das alles war noch vor dem August 2014 -; am 12.08. eine Meldung aus Luxemburg; am 08.08. eine Meldung aus dem Vereinigten Königreich. - Wenn Sie jetzt sagen, Sie können sich daran nicht mehr erinnern, dann wundert mich das. Immerhin war das schon ein massiver, nicht alltäglicher Salmonellenausbruch. Zusätzlich haben wir die Feststellung einer Überschreitung der Salmonellose-Ausbruchsignalschwelle in Niederbayern und in der Oberpfalz im Juli 2014. Herr Huber, wenn Sie sich daran nicht mehr erinnern können, dann machen Sie sich bitte schlau. Ich bezweifle das; denn solche großen Ausbrüche gibt es bei uns nicht alle Tage. Das war massiv. Unserer Meinung nach ist darauf nicht richtig reagiert worden.

Noch ein Wort dazu, dass hier immer gesagt wird, es handle sich um einen Einzelfall. Es heißt immer, da ist ein schwarzes Schaf, die Staatsanwaltschaft ermittelt schon.

Wenn man schaut, was in den letzten zehn Jahren alles passiert ist, gelangt man zu dem Schluss, dass das kein Einzelfall ist, sondern ein System dahintersteht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das "Straubinger Tagblatt" hat am Wochenende eine schöne Zusammenstellung gemacht mit der schönen Überschrift: Immer wieder Veterinäre.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

In dem Artikel ging es darum, wann es Lebensmittelskandale in Bayern gegeben hat. Die Aufzählung beginnt im Januar 2001 mit dem Handel von Antibiotika auf Parkplätzen. Wir wissen noch, das war im November 2006. Es folgt der Gammelfleischskandal von Berger Wild, mit dem Minister Schnappauf sehr beschäftigt war. Das war im November 2006 und ist wohlgemerkt fast zehn Jahre her. 2014 wird dann das Handeln einer Mitarbeiterin des Veterinäramts Dillingen beim Putenfleischskandal bekannt. Es folgt im Jahr 2015 der Schlachthof in Coburg. Auch dort geht es um die Veterinäre, die nicht richtig kontrolliert haben. Nun haben wir Bayern-Ei im Jahr 2015. Angesichts dessen kann man doch nicht mehr von einem Einzelfall sprechen. Man kann nicht mehr davon ausgehen, dass alles gut ist, wenn man einen Veterinär austauscht. Die Sache hat System, deshalb müssen wir an das System heran. Es hilft nicht weiter, einfach nur Leute auszutauschen und Bauernopfer zu bringen. Das hilft nicht weiter.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir bereiten uns jetzt auf die Abstimmungen vor. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wenn Sie damit einverstanden sind, lasse ich erst über die anderen Anträge abstimmen und anschließend über den SPD-Antrag, weil diese Abstimmung in namentlicher Form erfolgt. Wir wären dann nämlich richtig in der Zeit und könnten die Abstimmung durchführen.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/9396 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Vielen Dank. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/9395 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, die SPD und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): So stimmt man ab!)

Danke. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Danke schön. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/9374 abstimmen. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung, es kann begonnen werden. Fünf Minuten, bitte.

(Namentliche Abstimmung von 12.54 bis 12.59 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis wird uns dann bekannt gegeben. Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir fortfahren können.

(Unruhe)

Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Ich möchte gerne in der Sitzung fortfahren. Ich habe Zeit.

(Unruhe)

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt möchte ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD betreffend "Salmonellen-Skandal: Rückhaltlose Aufklärung und Durchsetzung des Verbraucherschutzrechts auch in Bayern!", Drucksache 17/9374, bekannt geben. Mit Ja haben 62 gestimmt. Mit Nein haben 88 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u. a. und Fraktion SPD; Salmonellen-Skandal: Rückhaltlose Aufklärung und Durchsetzung des Verbraucherschutzrechts auch in Bayern! (Drucksache 17/9374)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. **Kränzlein** Herbert			
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans			
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	62	88	0